

**Gemeinsame Erklärung  
des Zentralkomitees der SED  
und des Zentralkomitees der KPD  
anlässlich des 8. Jahrestages  
des Verbots der KPD**

Am 17. August 1956 wurde die KPD verboten. Die Urheber dieses Verbots wollten die westdeutsche Arbeiterklasse ihrer Führung berauben und sie als selbständige Kraft aus dem politischen Leben in der Bundesrepublik ausschalten. Dieses Ziel konnten und können sie nicht erreichen. Denn in unserer Zeit ist das Schicksal der Nation nicht von der geschichtlichen Aufgabe und Rolle der Arbeiterklasse zu trennen.

Als der erste Weltkrieg vorbereitet wurde, wütete die kaiserliche Polizei gegen die revolutionäre Führung der deutschen Arbeiter. Als der zweite Weltkrieg vorbereitet wurde, stand der faschistische Terror gegen die Kommunisten am Anfang der Verfolgung der Sozialdemokraten, aller Demokraten, aller Anhänger des Friedens.

Immer waren es die Arbeiter, von denen der Krieg die schwersten Opfer forderte. Immer haben sie in harter Arbeit aus Trümmern ein neues Leben aufgebaut. Heute steht die westdeutsche Arbeiterklasse wieder vor der Gefahr, alles zu verlieren.

Als die Regierung Adenauer die Wiederaufrüstung Westdeutschlands begann, beantragte sie im Jahre 1951 wiederum das Verbot der KPD. Sie erzwang das Verbot wenige Tage nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unmittelbar vor Bekanntgabe ihrer Pläne, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten.

Damit hat die Bonner Regierung den gleichen Weg beschritten, auf dem Deutschland bereits zweimal in die Katastrophe geführt wurde.

Wie Hitler versucht sie, alle reaktionären Kräfte unter ihrem Banner des antikommunistischen Kreuzzuges zu sammeln. Aber selbst die Regierungen der anderen NATO-Staaten folgen ihr nicht. Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei befindet sich die Bundesregierung in der schändlichen Gemeinschaft mit den schlimmsten Reaktionären unserer Zeit, den faschistischen Diktatoren Franco und Salazar, mit den aggress-